

Bund will Ohrfeigenverbot – Andreas Glarner (SVP) geht auf die Barrikaden

BERN Der Bundesrat will Eltern explizit verbieten, ihre Kinder zu schlagen. Die Bürgerlichen toben.

Es sind «weder körperliche Bestrafungen noch andere Formen entwürdigender Gewalt anzuwenden», so die Landesregierung. Zusätzlich soll die Prävention gestärkt werden. Gewalt von Eltern gegenüber Kindern ist zwar bereits nach geltendem Recht verboten, allerdings hat das Parlament vergangenes Jahr eine Motion der Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach angenommen und den Bundesrat beauftragt, das Verbot von Gewalt in der Erziehung explizit in einem Gesetz zu verankern.

Die Freiburger Mitte-Politikerin Bulliard-Marbach ist denn auch zufrieden. «Der Gesetzesartikel gibt den Eltern ein klares Stoppsignal, dass Schlä-

ge gegen die eigenen Kinder von der Gesellschaft nicht toleriert werden», sagte sie auf Anfrage. Das Ohrfeigenverbot, das nach der Vernehmlassung noch vom Parlament bestätigt

werden muss, sei hingegen «völlig realitätsfremd», sagt der Aargauer SVP-Nationalrat Andreas Glarner. «Das ist die gesetzliche Verankerung der anti-autoritären Hippieerziehung», wettet er. «Zu einer Kindererziehung kann ein Klaps im richtigen Moment gehören»,

meint Glarner. Und in diesem Fall sollten Eltern nicht als Schläger dastehen. Etwas anderes sei Kindesmisshandlung: «Klar sind Eltern, die ihre Kinder abschlagen und sie misshandeln, hart anzupacken.»

Bereits bestehende, «niederschwellige Beratungs- und

Hilfsangebote» für Eltern und Kinder sollen ausgebaut werden, fordert der Bundesrat. Das findet Bulliard-Marbach wichtig: «Häufig werden Eltern dann gewalttätig, wenn sie selbst überlastet und überfordert sind», sagt sie. Andreas Glarner findet, die Beratungsangebote dienen einzig der «Fütterung der Sozialindustrie». Das Ohrfeigenverbot sollte im Zivilgesetzbuch geregelt werden. Anders als im Strafrecht werden Verstösse gegen das Zivilrecht nicht mit Bussen oder Gefängnis vergolten, sondern mit einer Schadenersatzzahlung. Notwendig dafür wäre eine Klage. Das Ohrfeigenverbot ist bis zum 23. November in der Vernehmlassung. Danach ist nochmals der Bundesrat und dann das Parlament am Zug. **STEFAN LANZ**



Ohrfeigen sollen verboten werden.

Getty